

## Proteste zeigen Wirkung

Als in der Ratssitzung am 15. März der erste Teil der „Haushaltssicherungsmaßnahmen“ im Rat verabschiedet wurde, geschah dies begleitet vom laut vernehmlichen Protest Wuppertaler BürgerInnen und gegen die Stimmen der Ratsfraktion DIE LINKE.

Bereits nach der Verkündung der Vorschläge für Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich im November des vergangenen Jahres war klar, dass viele der betroffenen Organisationen und Institutionen sich in ihrer Existenz bedroht sahen und deswegen lautstark Protest anmelden würden. Was auch geschah. Um so erschreckender war, dass DIE LINKE im Rat als einzige Fraktion das Konzept in seiner Gänze ablehnte, da alle Kürzungsmaßnahmen der Verwaltung nicht geeignet sind die strukturellen Finanzprobleme der Stadt zu lösen, sondern nur noch mehr Probleme schaffen, da sie die soziokulturelle Infrastruktur der Stadt zerschlagen.

Dies sahen viele BürgerInnen ähnlich, es hagelte Proteste von allen Seiten, und Ende Februar gründete sich das Aktionsbündnis basta! gegen das Totsparen und für das Recht auf Stadt: <http://basta-wuppertal.de/grundsatz/> Langsam dämmerte es auch den Kooperationsparteien, dass nicht alle Kürzungsbeschlüsse problemlos durchzuwinken sein würden. So sind die Beschlüsse über die Schließung des Schauspielhauses und der Bäder immer wieder aufgeschoben worden. Mittlerweile scheint man von der vollständigen Schließung der Bürgerbüros und Bibliotheken in den Stadtteilen abzusehen, und auch die Schulbibliotheken sollen weiter gefördert werden. Auch die städtischen Zuschüsse an die Börse, das Medienprojekt und die Wohlfahrtsverbände scheinen gesichert. Inzwischen denkt die große



15. März 2010: Protest gegen das Haushaltssicherungskonzept. Kommen Sie zur nächsten Ratssitzung am 12. Juli um 16 Uhr!

Kooperation sogar über eine Erhöhung der Gewerbe- und der Grundsteuer nach. Ersteres ist lange überfällig, da die Gewerbesteuer zu den niedrigsten in NRW gehört. Die Grundsteuer wird die Mieter treffen. Die zusätzlichen Einnahmen werden jedoch nicht dem Erhalt oder Ausbau der Lebensqualität in unserer Stadt zugute kommen, sondern sie werden durchgereicht, um die Zinsansprüche aus den Reihen der Besserverdienenden und der Banken zu bedienen. Noch aber ist nichts gesichert, und es muss weiterhin große Aktionen geben wie die am Schauspielhaus Ende Januar, und kleinere wie in den Schwimmbädern. Der Druck muss aufrechterhalten werden, und die Diskussion darüber, was eine lebenswerte Stadt für uns bedeutet, muss weitergehen.

### Druck aufrecht erhalten

Wenn Wuppertal sich aus der Finanzierung sozialer und kultureller Angebote verabschiedet, dann bedeutet das auch, dass sich die Stadt auch aus dem Bewusstsein ihrer BürgerInnen zurückzieht. Wo anders als in diesen Institutionen, die zum alltäglichen Leben gehören, nehmen die BürgerInnen ihre Stadt wahr?

Das Selbstbestimmungsrecht der Städte und Gemeinden, das im Grundgesetz verankert ist, setzt auch voraus, dass die finanzielle Basis vorhanden ist, politisch unabhängig zu handeln. Wie das in Zeiten leerer Kassen? Es ist irrwitzig zu behaupten, dass die Kommunen über

ihre Verhältnisse lebten und zu viel Geld ausgeben. Das Gegenteil ist der Fall. Die Städte geben zu wenig Geld aus und nehmen viel zu wenig Geld ein.

Die Steuereinnahmen sinken, und das nicht nur aus konjunkturellen Gründen. Damit verbunden sind unzureichende Instandhaltungsmaßnahmen der kommunalen Immobilien wie Schulen, Schwimmbäder und Straßen. Ebenso schädliche Wirkung hat die fast gänzlich ausbleibende

Investitionstätigkeit der Kommunen.

Die finanziellen Probleme der Städte sind nicht selbstgemacht, auch nicht die der Stadt Wuppertal. Bund und Land haben mit ihrer Gesetzgebung dafür gesorgt, dass den Städten Steuermittel fehlen. Insbesondere durch die Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung ist der kommunale Anteil an der Gewerbesteuer, der Haupteinnahmequelle der Kommune, stark beschnitten worden. Gleichzeitig ist die Menge der Aufgaben gestiegen, die Städte und Gemeinden bewältigen müssen, ohne finanziellen Ausgleich dafür zu erhalten. Damit die Kommunen wieder finanziell handlungsfähig werden können, müssen sie wirksam von ihrer Schuldenlast befreit werden.

Für Wuppertal und andere NRW-Städte in der gleichen Situation müssten Land und anteilig der Bund die Schulden übernehmen. Geld jedenfalls ist da. DIE LINKE fordert bereits seit Jahren die Tobin-Steuer, also eine Steuer auf Börsenumsätze. DIE LINKE fordert ebenfalls schon lange eine Erhöhung der Steuern auf hohe und höchste Einkommen. MillionärInnen und MilliardärInnen haben in den letzten 20 Jahren immer wieder von Steuererleichterungen profitiert, während die Steuer- und Abgabenlast der vielen durchschnittlich Verdienenden ständig angestiegen ist.

### Liebe Leserin, lieber Leser,

bei der Landtagswahl am 9. Mai ist unsere Stadtverordnete Gunhild Böth über den Listenplatz 5 in den nordrhein-westfälischen Landtag eingezogen.

Herzlichen Glückwunsch, Gunhild!

Wir haben Gunhild Böth gebeten, sich in ihrer Fraktion dafür einzusetzen, dass im Landtag der Antrag gestellt wird, dass die Landesregierung ein **kostenloses Schulmittagessen für alle bedürftigen Schüler** garantiert.

Die Redaktion

**Nich' am  
Tal packen!**

Wuppertalener gegen Bürokratie in Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich! DIE LINKE. 10.04

**Interview mit ARGE-Chef Lenz**

**Keine Strafen für Alg II-BezieherInnen!**

**Döppersberg: Augen zu und durch!**

**S. 2**

**S. 3**

**S. 4**

# DIE LINKE im Rat spricht mit Thomas Lenz, Geschäftsführer der ARGE Wuppertal



Thomas Lenz, ARGE Wuppertal

◀ Wie angstfrei kann ein auf SGB II angewiesener Mensch in Ihrer eigenen Erhebung sein, wenn Mitarbeiter der ARGE selbst ihre „Fälle“ befragen?

Die ARGE macht keine eigenen Erhebungen. Die Bundesanstalt für Arbeit befragt in jedem Vierteljahr durch ein beauftragtes Institut 200 Kunden in Wuppertal, das können wir gar nicht beeinflussen. 72% sind zufrieden mit unserer Arbeit, deshalb wehre ich mich gegen pauschale Beschuldigungen unserer Mitarbeiter.

Im Übrigen gehen alle schriftlichen Beschwerden zum Verhalten über meinen Schreibtisch. Oft verstehe ich die Einwände auch nicht, weil unsere Kunden nicht immer die gesetzlichen Vorgaben, die die Mitarbeiter vertreten müssen (z.B. die Pflicht, zu einem Vorstellungstermin zu gehen), vom Verhalten des Einzelnen unterscheiden.

◀ Was hat sich seit der Veröffentlichung der Umfrage durch Tacheles auf Seiten der ARGE verändert, insbesondere bei der sehr schlecht bewerteten Geschäftsstelle Schwarzbach?

Seit Sommer letzten Jahres gibt es 40 zusätzliche Mitarbeiter in der „Leistungsgewährung“,

die erst einmal eingearbeitet werden müssen. Eine Beratungsgesellschaft hat erst kürzlich die betrieblichen Abläufe untersucht; der Bericht liegt dem Beirat vor. Wir versuchen laufend, uns zu verbessern. Was die Geschäftsstelle in der Schwarzbach betrifft: die ist räumlich einfach zu klein. Und eine übervolle Wartezone macht nicht froh. Die Mitarbeiter sitzen teilweise zu dritt oder viert in einem Büro, was der Personalrat kritisiert. Da muss sich einfach was ändern. Und wir haben in dieser Geschäftsstelle besonders viele Menschen in besonders schwierigen persönlichen Situationen.

◀ Wie stehen Sie als Leiter zu den Verbesserungsvorschlägen, die Tacheles gemacht hat: „Dem kann man nur mit einer ausreichenden personellen Ausstattung mit unbefristet eingestellten Mitarbeiter/innen und einer besseren, kontinuierlicheren Schulung des Personals beikommen“? Außerdem schlägt Tacheles schon seit langer Zeit vor, Poststellen bei den Argen einzurichten.

Unser Personal ist in kurzer Zeit von 200 auf 480 gewachsen. Viele davon sind fachfremd, sind aus anderen Behörden versetzt worden. Daher

haben wir einen Katalog mit 120 Bildungsmodulen aufgelegt und bauen ihn aus, die neben der Arbeit besucht werden müssen. Es werden Fach-Inhalte geschult, aber auch verhaltensorientierte Themen (Konflikt-Bewältigung, Telefon-Training). Der Katalog wird im Beirat vorgestellt. Da steigt auch die Arbeitsbelastung, wenn immer ein Teil der Beschäftigten in Schulungen ist. Der Krankenstand kommt hinzu, obwohl der nicht höher ist als in anderen sozialen Berufen und Ämtern. Wir haben ständig um die 60 befristete Mitarbeiter, die haben einfach das Erfahrungswissen noch nicht. Ich wünsche mir da mehr Planbarkeit und die dauerhafte Entfristung. Der deutlich kleinere Teil der formellen Widersprüche wegen falscher Bescheide geht auf das Konto der Mitarbeiter. Das meiste wird durch fragwürdige juristische Formulierungen und bürokratische Vorgaben provoziert.

Die Forderung nach Poststellen ist Quatsch, da jeder vormittags seine Post im Eingangsbereich aller Geschäftsstellen gegen Stempel abgeben kann. Da muss man natürlich auch mal 30 Minuten warten, aber das müssen Sie beim Arzt auch. Bei 50.000 Betreuungsfällen geht sackeweise Post durch die Geschäftsstellen, da kann auch mal was wegkommen. Fehler können einem einzelnen Mitarbeiter unterlaufen, und das wird von uns auch nachvollzogen, wenn jemand nachweislich in der Zeit von 8 bis 10 Uhr nicht ans Telefon geht (danach ist in der Sachbearbeitung Kundenverkehr). Aber daraus darf man keine falschen Verallgemeinerungen machen.

## So gerade eben noch mangelhaft

„Die im Dunkeln sieht man nicht“ heißt es in einem sprichwörtlich gewordenen Lied von Bertolt Brecht. DIE LINKE im Rat zerrt die Zustände aber immer wieder ans Licht. Die vom Erwerbsleben ausgeschlossenen und die auf SGB II angewiesenen Menschen sollen gesehen werden.

◀ So haben wir gegen die von CDU und SPD gewünschte Einführung der Optionskommune in Wuppertal gestimmt. Denn Arbeitsmarkt ist keine städtische Veranstaltung, sondern eine bundesweite politische Aufgabe.

◀ So haben wir die anderen Fraktionen aufgefordert, bis zur Konkretisierung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zu den Hartz-Gesetzen und zur Höhe des Existenz-Minimums in der ARGE auf Sanktionen gegen Arbeitssuchende zu verzichten. Denn wenn die Leistungen nach Hartz IV schon vom Verfassungsgericht als Existenzminimum beurteilt werden, dann bedeutet jeder Abzug an diesen Mitteln, die Existenz des einzelnen Menschen zu gefährden. Leider ernteten wir nur Rüpeleien (siehe dazu den Artikel auf Seite 3).

Die vom Erwerbslosenverein Tacheles e.V. durchgeführte „Kundenzufriedenheitsumfrage“ offenbart schwerwiegende Mängel der Arbeit der Wuppertaler ARGE. Bei der

Bewertung der Gesamtzufriedenheit mit der Arbeit der ARGE lag die Durchschnittsnote aller Befragten bei 4,6. Das schlechteste Ergebnis bei dieser Frage erzielte die Geschäftsstelle 7 der ARGE in Oberbarmen (Schwarzbach) mit dem Notendurchschnitt 5,4. Schlechte Noten gab es auch für den Umgangston und die telefonische Erreichbarkeit der ARGE-MitarbeiterInnen, die fachliche Beratung oder die Bearbeitungsdauer der Anträge. Weiter brachte die Umfrage zutage, dass zwei Drittel der Befragten bei der ARGE Wuppertal bereits Erfahrungen mit verloren gegangenen Unterlagen gemacht hatten und dass über die Hälfte der Befragten die Wartezeit bis zur Ausstellung einer Eingangsbestätigung mit mangelhaft und ungenügend bewerteten. Der Behördenleiter Lenz hat ebenso wie der SPD-Dezernent Kühn diese Ergebnisse zurückgewiesen. Eigene Erhebungen hätten bessere Resultate gezeigt. Wir haben mit Herrn Lenz gesprochen und werden Tacheles in der nächsten Ausgabe um eine Stellungnahme bitten. Zur Mängel-Beseitigung schlägt Frank Jäger, der die Untersuchung von Tacheles leitete, vor: „Dem kann man nur mit einer ausreichenden personellen Ausstattung mit unbefristet eingestellten MitarbeiterInnen und einer besseren, kontinuierlicheren Schulung des Personals beikommen.“ Außerdem schlägt Tacheles schon seit langer Zeit vor, Poststellen bei den ARGEN einzurichten.



„Zahltag“ vor der ARGE-Geschäftsstelle Bachstraße 5. Juli vor der ARGE in der Corneliusstraße 2 in V



# Wankelmut tut niemand gut

## Optionskommune Wuppertal?

Das Bundesverfassungsgericht nimmt die „Hartz-Reformen“, das Machwerk der Schröder/Fischer-Regierung, stückchenweise auseinander. Im Dezember beriet der Stadtrat in Wuppertal darüber, wie man sich dazu stellen soll, dass das Gericht schon 2007 die gemeinsame „Betreuung“ der Langzeitarbeitslosen durch die Jobcenter in den ARGEN als unzulässige Mischverwaltung für verfassungswidrig erklärt hat.

Dazu lag aus der haushaltstragenden Kooperation eine Resolution vor mit dem Titel: „Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose

erhalten“. In der Resolution wird der Erhalt der ARGEN gefordert und für den Fall, dass dies nicht geschieht, für Wuppertal den Status einer Optionskommune. In einer Optionskommune erfolgt die Betreuung der Langzeitarbeitslosen ausschließlich unter städtischer Regie.

Der sozialpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Bernhard Sander, beriet sich mit Organisationen der Erwerbslosen und machte in seiner Stellungnahme im Rat deutlich, dass DIE LINKE für eine Verfassungsänderung zum Erhalt der bisherigen Organisationsform eintritt, um bundeseinheitliche Kontrolle

durch die Bundesagentur zu erhalten. Den zweiten Punkt der Resolution, Wuppertal solle Optionskommune werden, lehnte DIE LINKE ab. Arbeitsmärkte dürfen nicht regional abgeschottet werden. Der Sozialdezernent der Stadt, Stefan Kühn, musste sich nach seiner flammenden Bitte um Zustimmung für die Optionskommune vorhalten lassen, dass doch die SPD in Wuppertal bei Einführung der Hartz-Gesetze es aus guten Gründen abgelehnt hatte, den Antrag zu stellen, Optionskommune zu werden. Der Rat beschloss die Resolution gegen die Stimmen der LINKEN.

# Existenz gefährdende Strafe für ALG-II-BezieherInnen

In der Ratssitzung am 17. Mai lehnte die Ratsmehrheit einen Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE ab, der die VertreterInnen der Stadt in der Trägerversammlung der ARGE aufforderte, in diesem Gremium für den Verzicht auf Sanktionen gegen ALG II-Berechtigte einzutreten, bis eine Neuregelung des SGB II erreicht sein wird. Außerdem sollte unser Antrag den Rat der Stadt Wuppertal, vertreten durch den Oberbürgermeister, verpflichten, eine Resolution zu unterzeichnen, die bundesweit für ein solches Sanktionsmoratorium eintritt. Für die Unterzeichnung dieser Resolution wirbt ein Bündnis, bestehend aus VertreterInnen der Gewerkschaften,

der Kirchen und Wohlfahrtsverbände, der LINKEN, auch einzelnen SPD-, Grünen- und CDU-Mitgliedern sowie Prominenten. Das Bündnis für ein Sanktionsmoratorium fordert die Aussetzung des Sanktionsparagraphen im ALG II-Gesetz.

Das Bundesverfassungsgericht hat am 9. Februar 2010 – in seinem Urteil zu den Regelleistungen für Kinder – noch einmal unterstrichen, dass die staatlichen Leistungen nach SGB II einen „verfassungsrechtlichen Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Artikel 1 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 20 Abs. 1 GG“ erfüllen müssen.

Lassen wir die Frage beiseite, ob die derzeitige Regelleistung wirklich existenzsichernd ist – festzuhalten bleibt, dass eine Kürzung dieser Regelleistung das Existenzminimum unterschreitet und damit die Existenz in jedem Falle gefährdet. Es geht nicht um Leistungsmissbrauch, wenn bei 1,1 Mio. Arbeitslosen in NRW die Teilnahme an einem Bewerbungstraining sinnlos erscheint. Es gibt nämlich nur 105.000 offene Stellen. Auch die Verweigerung eines 1-Euro-Jobs darf nicht zu Sanktionen führen, denn als Lehre aus dem Nationalsozialismus ist in Artikel 12 des Grundgesetzes ausdrücklich die Zwangsarbeit verboten. Wörtlich heißt es: „Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.“ Es kommt aber Zwangsarbeit gleich, wenn die Verweigerung eines 1-Euro-Jobs mit der Verweigerung des Existenzminimums bestraft wird. „Wie stehen wir also unter diesem Aspekt zu Sanktionen, letztlich nur ein anderes Wort für ‚Strafen‘? Teilen wir die mittelalterliche Auffassung, dass Strafe umso wirksamer sei, je existenzbedrohender sie ist?

Stehen wir auf dem Boden des Grundgesetzes und der Verfassungsnorm eines menschenwürdigen Existenzminimums?“ fragte in der Ratssitzung der sozialpolitische Sprecher der Ratsfraktion, Bernhard Sander, und führte weiter aus: „Es ist in den begüterten Ständen dieser Gesellschaft bedauerlicherweise guter Umgangston geworden, jenen Menschen am unteren Ende nicht einmal das Schwarze unter den Fingernägeln zu gönnen. Da ist von ‚spätromischer Dekadenz‘ die Rede, da wettert ein Bundesbank-Vorstand gegen ‚eine nicht am normalen Wirtschaftskreislauf teilnehmende Unterschicht‘, und ein staatlich alimentierter fernsehbekannter Philosophie-Professor ruft zum ‚fiskalischen Bürgerkrieg‘ auf, weil die Unproduktiven sonst bald die Mehrheit wären.“ Sander rief dazu auf, sich an das Grundgesetz zu halten und sich von Grundsätzen zu verabschieden, die die Existenz der BürgerInnen bedrohen. Nach einer kurzen Scheindebatte, die von keiner Sachkenntnis getrübt war und die sich nicht einmal annähernd ernsthaft mit dem Problem auseinanderzusetzen versuchte, wurde unser Antrag mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und WfW abgelehnt. Pikantes Detail: Der Vorsitzende der SPD-Fraktion bezeichnete die ganze Idee des Sanktionsmoratoriums als „Blödsinn“. Vom Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Gerd-Peter Zielezinski, wurde er darauf hingewiesen, wer zu den ErstunterzeichnerInnen des Aufrufs gehört, nämlich nicht nur Heiner Geißler von der CDU, sondern auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer, der auch Träger des Alternativen Nobelpreises ist, Otmar Schreiner und Johano Strasser von der SPD ebenso wie Claudia Roth von den Grünen, der ver.di-Vorsitzende Bsirske, der Theologe Friedhelm Hengsbach, der Literatur-Nobelpreisträger Günter Grass u.v.a.m. Aber was wiegt das alles gegen die Nibelungentreue, die die Wuppertaler SPD der Agenda-Politik von Schröder und der CDU entgegenbringt?

Eine anschauliche Beschreibung der Debatte ist auf: <http://basta-wuppertal.de/2010/05/397/> zu finden.



Im August 2009. Der nächste Zahltag findet am ohwinkel statt.

# Atomkraft NEIN DANKE oder so!?

## CDUSPD verzichten auf klare Haltung

Ein Zusammenschluss von Kommunen wehrt sich gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. 150 Stadtwerke haben sich zusammengeschlossen, um gegen die Vormachtstellung der großen Kraftwerksbetreiber anzugehen. Und die WSW?

Mit ihrem Antrag für eine Resolution gegen die von der Bundesregierung beabsichtigte Laufzeitverlängerung für die bestehenden Atomkraftwerke greift die Fraktion DIE LINKE die Warnung der 150 Stadtwerke auf, die vor einer Verzerrung des Wettbewerbs auf dem deutschen Strommarkt eindringlich gewarnt haben. Eine Laufzeitverlängerung wird einen negativen Einfluss auf Neuinvestitionen der jeweiligen Stadtwerke ausüben. Dass diese Befürchtungen nicht unbegründet sind, zeigt uns das Beispiel der Wuppertaler Stadtwerke: Vor zwei Jahren wurde hier im Stadtrat, übrigens gegen die Stimmen der Stadtverordneten der Fraktion DIE LINKE, der Verkauf von

Anteilen der WSW Energie & Wasser an den Energieriesen GdF Suez beschlossen. Damit verbunden war der Erwerb von Anteilen an einem noch zu errichtenden Kohlekraftwerk in Wilhelmshaven. Zwar warnen GREENPEACE und andere Umweltverbände vor dem Bau solcher CO<sub>2</sub>-Dreckschleudern, so zuletzt in der WZ vom 5. Juni 2010, und wir haben unter anderem aus ökologischen Überlegungen heraus seinerzeit dagegen gestimmt. Die Stadtwerke haben dennoch auf den betriebswirtschaftlichen Nutzen des Kohlekraftwerkes gesetzt, und die Zustimmung der Ratsmehrheit wurde mit diesem Nutzen begründet.

Eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken würde aber selbst diesen ökonomischen Nutzen in Frage stellen.

Darüber hinaus verhindert das Vorhandensein von Strom im Überfluss Investitionen in erneuerbare Energien, des weiteren verringert es den Druck, Forschungen in diesem Bereich zu finanzieren und mit den vorhandenen Ressourcen achtsam umzugehen.

Eine Laufzeitverlängerung nimmt der Umstrukturierung der Energieerzeugung die erforderliche Dynamik, um eine dezentrale und klimafreundliche Energieversorgung zu gewährleisten.

Unser Antrag wurde erwartungsgemäß abgelehnt. Auf eine eigene Haltung in Sachen Atomausstieg verzichtete die Ratsmehrheit. Stattdessen wurde beschlossen, die WSW um die Prüfung eines Beitritts zur Initiative „Pro Wettbewerb auf dem Strommarkt“ zu bitten. Dabei sollen die Stadtwerke mit dem Anteilseigner GdF Suez über mögliche Folgen des Beitritts berichten. GdF Suez betreibt AKWs in Frankreich. Zur Zeit beabsichtigt GdF Suez, gemeinsam mit Eon ein AKW in Italien zu errichten und damit einen Beitrag zu Italiens Wiedereinstieg in die Atomkraft zu leisten.



## Döppersberg: Augen zu und durch!

So handelt jedenfalls die Stadtverwaltung, und so haben auch die meisten Parteien im Stadtrat in der Sitzung vom 17. Mai 2010 abgestimmt:

Die Kosten für den Umbau des Döppersberg sollten ursprünglich auf etwa 90 Millionen Euro belaufen. Inzwischen sind daraus 105,6 Millionen Euro geworden. Ungewöhnlich ist dies zwar nicht, aber eine Kostensteigerung von mehr als 15 Millionen Euro muss finanziert werden. Das Land NRW gibt – voraussichtlich – 60 Millionen Euro für das Bauprojekt dazu. 30 Millionen Euro hatte die Stadtverwaltung in den letzten Jahren für den Umbau Döppersberg zurückgestellt. Obwohl gegenwärtig kein Spielplatz in der Stadt mehr erneuert werden kann: Die zurückgestellten 30 Millionen Euro sind unantastbar und dürfen mit dem Willen der Bezirksregierung für den Döppersberg-Umbau verwendet werden. Kurz zur Erinnerung: Schon als der Umbau Döppersberg geplant wurde, hatte die Stadt Wuppertal die notwendigen 30 Millionen Euro nicht! Um diese aufzutreiben, musste ein Teil der gewinnbringenden Sparten (Energie und Wasser) der Wuppertaler Stadtwerke verkauft werden. Mit dem Erlös wurden zunächst die Schulden der Wuppertaler Kliniken abgelöst – um auch diese verkaufsfähig zu machen, der Rest ging in das Projekt Döppersberg.

Und jetzt müssen – nach gegenwärtigem Stand – 15 Millionen Euro nachgeschossen werden. Niemand bestreitet, dass es wahrscheinlich noch mehr Millionen Euro werden, die fehlen. Ein langfristig angelegtes Bauprojekt wird in aller Regel teurer als ursprünglich vorgesehen. Woher kommen

diese Millionen? Während der nächsten Jahre dürfen Mittel für städtische Investitionen trotz Haushaltssperre in den Döppersberg investiert werden. Das heißt: **Für andere Projekte bleibt kein Geld mehr übrig!** Gleichzeitig werden ab dem Jahr 2012 die Investitionszuschüsse gekürzt werden, weil Mittel aus dem „Konjunkturpaket II“ zurückgezahlt werden müssen.

In Zukunft geht also alles in den Döppersberg. Der Rest der Stadt wird vergessen werden.

Gepriesen wird der Umbau als Lockmittel auch für Besucher und Besucherinnen dieser Stadt. Schön! Nur dürfen Besucher und Besucherinnen dann besser den Bereich Döppersberg nicht verlassen, weil dahinter eine Stadt zu sehen ist, in die nichts mehr investiert werden konnte.

Wir als Ratsfraktion DIE LINKE haben gegen den Umbau-Beschluss gestimmt, weil die künftige Finanzierung ganz und gar zu Lasten dieser Stadt geht und weil die Stadt Wuppertal von Anfang an das Geld für einen solchen Umbau nicht hatte. Einzelhandel, der an den Döppersberg gezogen wird, wird aus der Innenstadt Elberfeld verschwinden, und dieser Stadtteil droht dann zu veröden. Diese Bedenken werden verstärkt durch ein zweites Bauprojekt im Bereich der Ohligsmühle. Wertvoller Grund und Boden wird dafür an Privat-Investoren verkauft! Pläne zur Neugestaltung der Innenstadt von Elberfeld gibt es keine. Wir haben aber auch deswegen gegen das Projekt gestimmt, weil ein zentraler Busbahnhof auf der Höhe des Bundesbahnhofs vor allem über Rolltreppen und Personenaufzüge zu erreichen sein wird. Es wird also eine Technik



angelegt, die auf Dauer Wartungskosten und Instandhaltungskosten verschlingt.

Wir alle wissen, wie oft solche Technik an den Schwebebahnhöfen ausfällt.

Offensichtlich von sehr kurzer Dauer war der Schreck, den die VertreterInnen der Grünen im Rat bekamen, als am Bahnhof Döppersberg Bäume und Sträucher abgeholzt wurden, um das Baugelände vorzubereiten. „Entgrünungsmaßnahmen“ heißt dies in Neu-Deutsch. Wurde hier das Unwort des Jahres 2010 geschaffen? Hoffentlich.

### Impressum:

Herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal  
Rathaus, Zi. 242, Joh.-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal,  
Tel. u. Fax: 0202 563-6677  
www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de  
ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de  
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ursula Albel,  
Elisabeth August, Dr. Wolfgang Fenner, Bernhard Sander,  
Gerd-Peter Zielezinski  
Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal  
Auflage: 80.000  
Redaktionsschluss: 14. 6. 2010  
Die Abgabe erfolgt kostenlos.